

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 09.04.2024

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:23 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino

Herr Steve Kuhlmann

Frau Ursula Schineller

Herr Michael Weber

SPD

Herr Melchior Fluhme

Frau Sylvia Gorsler

Herr Markus Kollmeier

Frau Regine Weißfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Serafin Eilmes

Herr Joachim Hood

Frau Sarah Labarbe

FDP

Herr Nick Focke

Die Partei

Herr Johannes Künsebeck Vertretung für Herrn Loth

AfD

Herr Dr. Dietrich Hahn Vertretung für Herrn Dr. Sander, ab 17:09 Uhr

Die Linke

Frau Angelika Beier

Beratende Mitglieder

Frau Murisa Adilovic Integrationsrat

Frau Iris Huber Seniorenrat

Herr Rüdiger Klein Psychiatriebeirat, ab 17:10 Uhr

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Michael Gugat

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Kai Wittler Beirat für Behindertenfragen, Vertretung für Herrn Winkelmann

Verwaltung

Herr Martin Adamski	Beigeordneter Dezernat 3 bis TOP 5
Frau Silke Aron	Büro für Sozialplanung
Frau Kerstin Beckmann-Schönwälder	Stab Dezernat 5
Herr Wilhelm Berghan	Kommunales Integrationszentrum
Frau Julia Harmsen	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Frau Pauline Junker	Kommunales Integrationszentrum
Frau Laura Kramer	Kommunales Integrationszentrum
Frau Gisela Krutwage	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Herr Aiko Linnenbürger	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Herr Simon Löwenstein	CDU-Fraktionsreferent
Herr Ingo Nürnberger	Erster Beigeordneter Dezernat 5
Herr Sören Wiebusch	Büro für Sozialplanung

Gäste

Herr Marc Alex	Geschäftsführer Jobcenter Arbeit <i>Plus</i> Bielefeld
----------------	--

Schritfführung

Frau Britta Zimmermann	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
------------------------	--

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die anwesenden Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) zur 38. Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Zur **Tagesordnung** weist Vorsitzende Frau Gorsler die Ausschussmitglieder auf die nachgereichten Unterlagen hin, die auch im Informationssystem vorliegen. Die Mitteilung zu TOP 2.8 „Aktuelle Informationen zur Einführung einer Bezahlkarte für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)“ werde mündlich erfolgen.

Der TOP 10 „Arbeitsmarktpolitische Initiative der Kommune“ werde abgesetzt und in einer späteren Sitzung behandelt werden.

Herr Copertino teilt mit, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag vom 06.02.2024 unter TOP 4.1 „Prepaid-Bezahlkarte für Asylbewerber“ mit der Drucks.-Nr. 7479/2020-2025 erneut zurückstelle.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

-.-.-

Zu Punkt 1

Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 1.1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 36. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 20.02.2024

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 20.02.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1.2

Genehmigung der Niederschrift über die 37. (Sonder-)Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.03.2024

Beschluss:

Die Niederschrift über die 37. (Sonder-)Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.03.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Handlungsempfehlungen zum Lebenslagenbericht 2023**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Büros für Sozialplanung.

Zu Punkt 2.2 **Sachstand: Umsetzung der Leichten Sprache bei der Stadt Bielefeld und Beschäftigung eigener Gebärdensprachdolmetscher*innen der Stadt Bielefeld**

Vorsitzende Frau Gorsler weist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Büros für Sozialplanung hin.

Zu Punkt 2.3 **Einführung der Ehrenamtskarte Nordrhein-Westfalen (Ratsbeschluss am 14.03.2024 zur Drucks.-Nr. 7563/2020-2025)**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die nachgereichte Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen - Sozialamt.

Zu Punkt 2.4 **Zukünftiges Vorgehen bei der Aktualisierung der verbindlichen Bedarfsplanung für die stationären und teilstationären Plätze**

Vorsitzende Frau Gorsler weist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Büros für Sozialplanung hin.

Zu Punkt 2.5 **mdl. Information zum Diskussions- bzw. Sachstand zum Thema Babyklappe und anonyme/vertrauliche Geburten**

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass es Ende Januar und Ende März einen fachlichen Austausch mit verschiedenen Akteuren gegeben habe. Zusätzlich begleiteten verwaltungsinterne Treffen den Diskussionsprozess. Einigkeit bestünde darüber, dass Aufklärung und Prävention auch mit neuen Wegen und Aktivitäten notwendig seien. Die Beratungsstellen hätten eine erste kleine Öffentlichkeitskampagne gestartet, um ihr Angebot bekannt zu machen.

Damit sich der SGA vor der Sommerpause mit dem sehr komplexen Thema befassen könne, kündigt Herr Nürnberger für die Sitzung am 11.06.2024 eine Vorlage an. Sie werde den Status quo der vorhandenen Angebote und der konkreten Maßnahmen zur Aufklärung und Information aufzeigen. Weiterhin würden die verschiedenen zu berücksichtigenden Aspekte und die Argumente für und wider eine Babyklappe dargestellt. Auch die Frage, ob es potenzielle Anbieter gebe, solle bis dahin geklärt werden.

Zu Punkt 2.6 Sachstand Einführung des Deutschlandticket sozial zum 01.02.2024

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die nachgereichte Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen - Sozialamt.

Beigeordneter Herr Adamski sagt zu, den Sachstand zum Angebot einer digitalen Version des Deutschlandticket sozial nachzureichen.

Nachtrag vom 16.04.2024:

Herr Adamski teilt für die Niederschrift mit, dass nach Auskunft der moBiel GmbH derzeit nur die digitale Bestellmöglichkeit über die Stiftung Solidarität bestehe. Eine digitale Variante des Deutschlandticket sozial gebe es derzeit nicht und sei derzeit auch nicht in Planung. Weitergehende Infos lägen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 2.7 Schuldnerberatung – Verteilung der Mittel aus dem Fonds des Sparkassen- und Giroverbandes für das Jahr 2024

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die nachgereichte Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen - Sozialamt.

-.-.-

Zu Punkt 2.8 Aktuelle Informationen zur Einführung einer Bezahlkarte für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über das aktuelle Gesetzgebungsverfahren:

Der Gesetzentwurf zur Änderung des AsylbLG solle mehr Rechtssicherheit bei der generellen Verwendung einer Bezahlkarte erreichen, indem die Bezahlkarte neben Geld- und Sachleistungen als eine weitere Option der Leistungserbringung aufgeführt werde. Die Bundesländer bzw. die Kommunen als Leistungsbehörden vor Ort könnten über die Höhe der Bargeldabhebungen mittels der Karte individuell entscheiden. Er sei - wie der Städtetag NRW - der Auffassung, dass einheitliche und eindeutige Regelungen durch die Landesregierung sinnvoll seien.

In Bielefeld käme aktuell in 40 Fällen mit 52 Personen die Bezahlkarte in Betracht. Unklar sei noch, ob sie mit dem hier verwendeten IT-Verfahren kompatibel sein werde. Mit einer konkreten Vergabe rechne er im 3. Quartal 2024.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Aufsuchende Beratung durch das Jobcenter Bielefeld (Anfrage der AfD-Ratsgruppe vom 21.03.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7753/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die mit der Einladung versandte schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Zu Punkt 4.1 **Prepaid-Bezahlkarte für Asylbewerber (Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 06.02.2024)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7479/2020-2025

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 5 **Änderung der Mitgliederzusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7748/2020-2025

Herr Weber merkt an, dass die Kommunale Gesundheitskonferenz (KGK) ein sehr großes Gremium sei. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, inwieweit aus Praktikabilitätsgründen eine Zusammenfassung von Vertretungen möglich sei. Insbesondere stellt er die Vielzahl an Vertretungen der Krankenkassen heraus und fragt nach einer Möglichkeit der Konzentration.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

- 1.) **Der Landesverband des Hebammenverband NRW e.V., Kreisverband Bielefeld wird zum Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK) bestellt.**
- 2.) **Die Mitgliedschaften der AG der Krankenhausträger und der AG der Umweltmediziner in der KGK wird beendet.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Bielefelder Integrationsmonitoring - Vorstellung der Ergebnisse

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7656/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Berghan und Frau Junker. Diese geben anhand einer Präsentation (**Anlage 1** der Niederschrift) einen Überblick über die Ergebnisse der Umfragestudie zum Integrationsmonitoring (https://ki-bielefeld.de/wp-content/uploads/2024/03/Bericht_2024_final1.pdf).

Im anschließenden Austausch wird die Studie überwiegend positiv aufgenommen, aber auch Kritik an der Methodik geäußert. Herr Berghan und Frau Junker beantworten Fragen von Herrn Kollmeier, Herrn Gugat und Herrn Klein. Herr Eilmles legt den Fokus auf die Probleme bei der Wohnungssuche und der Gesundheitsversorgung. Erster Beigeordneter Herr Nürnberger führt auf die Kritik von Frau Adilovic hin aus, dass das vor einigen Jahren erstellte Integrationskonzept nicht ignoriert werde, vielmehr gebe die vorgestellte Studie Anhaltspunkte und Hinweise, die zahlreichen vorgeschlagenen Maßnahmen des Integrationskonzeptes zu priorisieren. Er sehe es als gemeinsamen Auftrag an, aus den vielen Erkenntnissen Schlussfolgerungen und Anregungen zu ziehen und in konkrete Handlungen umzusetzen.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur **Kenntnis**. -

...-

Zu Punkt 7

Antidiskriminierungsbericht 2024: Beratungs- und Arbeitsschwerpunkte der Antidiskriminierungsberatung in den Jahren 2020 bis 2023

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt als Berichterstatterin zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Kramer, die mittels einer Präsentation (**Anlage 2** der Niederschrift) die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle und die Auswertung des aktuellen Antidiskriminierungsberichtes (<https://ki-bielefeld.de/wp-content/uploads/2024/02/Antidiskriminierungsbericht-2024.pdf>) vorstellt.

Im Anschluss beantwortet Frau Kramer die Fragen von Frau Beier, Herrn Gugat, Frau Adilovic, Frau Labarbe und Herrn Eilmles:

- Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sehe eine Frist von zwei Monaten für die Geltendmachung von Ansprüchen vor.
- Die Maßnahmen der Antidiskriminierungsstelle hingen vom Ziel des/der Betroffenen ab. Das häufigste Instrument sei der Beschwerdebrief, daneben würden häufig Vermittlungsgespräche moderiert.
- Polizei, Justiz und das Ordnungsamt würden im aktuellen Bericht unter „Behörden“ gezählt.
- Es würden in den Pilotveranstaltungen zunächst ca. 40 Beschäftigte des Sozialamtes und der Ausländerbehörde fortgebildet.
- Die online-Beschwerde könne auch muttersprachlich eingereicht werden.

- Beratungsangebote in den Stadtteilen seien wichtig und wünschenswert. Auch im Bereich Gesundheit gebe es einen großen Handlungsbedarf.
- Eine interne Intervention werde so durchgeführt wie die externe.
- Beratungsvoraussetzung sei lediglich, dass die betroffene Person in Bielefeld wohne oder der Diskriminierungsvorfall in Bielefeld passiert sei.

Die gewünschte Information über eine verpflichtende Schulung aller Mitarbeitenden der Stadtverwaltung wird mit der Niederschrift nachgereicht:

Eine verpflichtende Schulung für alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung zum Thema Diskriminierung/Rassismus gab und gibt es nicht. Es gab einen Runden Tisch, der sich mit Vorkommnissen in der ZAB rund um das Thema Abschiebungen befasst hat und ausgelaufen ist. Im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung gibt es in verschiedenen Ämtern regelmäßige Fortbildungsangebote zum Thema interkulturelle Kompetenz. Zur Zeit werden verschiedene weitergehende, verwaltungsinterne Fortbildungsangebote und -formate zum Thema Diskriminierung und Alltagsrassismus auf Initiative des KI konkret geplant. Sobald diese Planungen abgeschlossen sind, wird das KI dem Integrationsrat und dem SGA über die konkreten Maßnahmen berichten.

-.-.-

Zu Punkt 8 Kultursensible Altenhilfe und Pflege

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7764/2020-2025

Frau Weißenfeld äußert sich überrascht und erfreut über die Vielzahl der vorhandenen Angebote und Aktivitäten.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 9 Bericht des Jobcenters zum sogenannten "Job-Turbo"

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Geschäftsführer des Jobcenters ArbeitPlus Bielefeld, Herrn Alex. Er berichtet anhand einer Präsentation (**Anlage 3** zur Niederschrift) über die Umsetzung des Job-Turbos in Bielefeld.

In der sich anschließenden Diskussion gibt es unterschiedliche Bewertungen des Job-Turbos. Herr Alex beantwortet Fragen von Herrn Fluhme, Herrn Eilmes, Frau Beier, Frau Labarbe und Herrn Gugat:

- Die Träger der Sprachkurse müssten sich auf die veränderte Nachfrage einstellen. Der Bedarf an weiterführenden Kursen werde aktuell durch Meldungen des Jobcenters ermittelt.
- Die weiterführende Qualifizierung erfolge nach Bedarf und werde

vom Jobcenter bzw. der Bundesagentur für Arbeit finanziert. Die dafür notwendigen Freiräume sollten von den Arbeitgebern eingeräumt werden. Hierüber lägen noch zu wenig Erfahrungen vor.

- Auch wenn sich vieles auf die aus der Ukraine geflüchteten Menschen konzentrierte, würden alle für den Job-Turbo in Frage kommenden Leistungsbezieher*innen engmaschig betreut und beraten, also alle sechs Wochen.
- Die Kosten für die Anerkennung von ausländischer Berufs-Qualifikationen seien sehr unterschiedlich und würden vom Jobcenter getragen, soweit es sich um Leistungsbezieher*innen handele.
- Auch im Job-Turbo gebe es die notwendigen Spielräume, um vorhandene berufliche Vorerfahrungen zu nutzen und die für einen entsprechenden Einsatz notwendige Qualifizierung anzubieten.
- Die Erwerbsfähigkeit nach SGB II beginne mit 15 Jahren, die Personengruppe der 15- bis 17- jährige Minderjährigen sei bei den 8 HKL größer als bei der Ukraine.

Frau Adilovic berichtet von einem konkreten Fall, der die Auskunft erhalten habe, ein Deutschkurs innerhalb der Firma sei ohne bestandenen Integrationskurs für ihn nicht möglich. Sie wolle daher wissen, ob ein Deutschkurs ohne nachgewiesenes Sprachniveau B1 und ohne abgelegten Integrationskurs nicht erfolgen könne. Herr Alex sagt zu, eine Antwort hierzu mit der Niederschrift nachzureichen.

Nachtrag vom 17.04.2024:

Für die Teilnahme an einem Job-Berufssprachkurs ist es Voraussetzung, dass mindestens ein Zertifikat A2 und ein absolvierter Integrationskurs vorliegt. Diese Vorgaben sind zwingend einzuhalten und müssen vorab geprüft werden. Der Arbeitgeber ist demnach verpflichtet, bei seinem Mitarbeiter nachzufragen, ob diese Voraussetzungen vorliegen.

Desgleichen soll die Frage von Frau Weißenfeld mit der Niederschrift beantwortet werden, inwieweit 15- bis 17- jährige Minderjährige für den Job-Turbo in Frage kämen und ob sie nicht zur Schule gingen.

Nachtrag vom 17.04.2024:

In der Zielgruppe der Geflüchteten im Job-Turbo finden sich aktuell insgesamt 809 Jugendliche, die einer Vollzeitschulpflicht unterliegen. Diese Jugendlichen besuchen selbstverständlich die Schule und werden in der Jugendberufsagentur wie die übrigen Jugendlichen auch beraten.

Vorsitzende Frau Gorsler schließt die Aussprache und bedankt sich bei Herrn Alex für die Berichterstattung.

-.-.-

Zu Punkt 10

Arbeitsmarktpolitische Initiative der Kommune

- abgesetzt -

-.-.-

Zu Punkt 11

Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Gemeinwohlabilanzierung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7783/2020-2025

Frau Weißenfeld merkt zur Informationsvorlage der Verwaltung an, dass für eine Umsetzung eine tiefere Erörterung seitens der Politik erfolgen müsse.

Erster Beigeordneter Nürnberger bittet darum, bei der weiteren Diskussion auch den Prozess der Nachhaltigkeitsstrategie zu berücksichtigen, zu dem den politischen Gremien ein aktueller Bericht vorliege. Hierin würden vergleichbare und ähnliche Themen bearbeitet. Um Doppelarbeiten zu vermeiden, sollten beide Prozesse, wenn sie weiterverfolgt würden, zusammengebracht werden.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 12

Auflösung von Arbeitsgruppen, Projektgruppen u. ä.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7143/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler weist daraufhin, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss nur über das an vierter Stelle genannte Vergabegremium für die Verteilung von Projektmitteln aus dem Verfügungsfonds des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld zu beschließen habe.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

Folgendes Gremium hat seine Arbeit beendet und wird nun formell aufgelöst:

- **Vergabegremium für die Verteilung von Projektmitteln aus dem Verfügungsfonds des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist nichts zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Sie bittet die Gremienmitglieder darum, der Geschäftsführung des Sozial- und Gesundheitsausschusses, Frau Zimmermann (britta.zimmermann@bielefeld.de), mitzuteilen, sobald absehbar ist, dass an einer Sitzung ein Ratsmitglied nicht teilnehmen werde. So könne die Beschlussfähigkeit besser gewährleistet werden.

Sylvia Gorsler
(Vorsitzende)

Britta Zimmermann
(Schriftführung)